

II-1737 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

16.7.1968

783/A.B.

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

zu 808/J

des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie M i t t e r e r
auf die Anfrage der Abgeordneten L i b a l und Genossen,
betreffend Gebührenbefreiung für körperbehinderte Führerscheinbesitzer bei
amtsärztlichen Untersuchungen.

-.-.-

Auf die Anfrage, welche die Abgeordneten Libal und Genossen in der
Sitzung des Nationalrates am 26. Juni 1968 betreffend Gebührenbefreiung
für körperbehinderte Führerscheinbesitzer bei amtsärztlichen Untersuchungen
an mich gerichtet haben, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Die Frage, ob in den Entwurf eines Kraftfahrgesetzes eine Bestimmung
aufgenommen werden sollte, wonach bei körperbehinderten Personen die zur
Erlangung der Verlängerung der Gültigkeit einer erteilten Lenkerberechtigung
erforderlichen Schriften von Stempelgebühren befreit sind, wurde zwischen
Vertretern des damaligen Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau
einerseits und des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für
Finanzen andererseits mündlich behandelt. Soweit übersehen werden kann,
ergaben die Besprechungen mit dem Bundesministerium für Finanzen, daß die
Aufnahme einer Gebührenbefreiungsbestimmung des vorerwähnten Inhaltes in den
Entwurf eines Kraftfahrgesetzes nicht den grundsätzlichen Vorstellungen
und Intentionen des Bundesministeriums für Finanzen entsprochen hätte.
Aus diesem Grund wurde eine derartige Bestimmung weder in die Regierungs-
vorlage eines Kraftfahrgesetzes 1963 (98 d. Beilagen X.GP) noch in die-
jenige eines Kraftfahrgesetzes 1966 (186 d. Beilagen XI.GP), welche die
Grundlage für das schließlich vom Nationalrat beschlossene Kraftfahrgesetz
bildete, aufgenommen. Es ist auch weder im Begutachtungsverfahren, noch
bei den parlamentarischen Beratungen dieser Regierungsvorlage die Aufnahme
einer solchen Bestimmung beantragt worden.

In die Bundesverwaltungsabgaben-Verordnung 1968 wurde im übrigen
in den "Besonderen Teil" für die Erteilung der Verlängerung der Gültigkeit
einer Lenkerberechtigung oder für die Einholung eines bezüglichen Gutachtens
keine Tarifpost aufgenommen. Bescheide, die eine Verlängerung der Gültigkeit
einer erteilten Lenkerberechtigung zum Gegenstand haben, werden allerdings
als Bescheide anzusehen sein, durch die auf Parteiansuchen eine Berechti-
gung, nämlich zum Lenken von Kraftfahrzeugen ab dem Zeitpunkt des Ablaufes
der für die Gültigkeit der Lenkerberechtigung ursprünglich festgesetzten

- 2 -

783/ A.B.

zu 808/J

Frist, verliehen wird. Für derartige Bescheide wird daher eine Verwaltungsabgabe nach Tarifpost 1 (des "Allgemeinen Teiles") der Bundesverwaltungsabgaben-Verordnung 1968 in der Höhe von 30 S einzuheben sein. Eine Ausnahme von körperbehinderten Personen von dieser Tarifpost, allein für den gegenständlichen Fall, konnte dem Bundeskanzleramt schon im Hinblick auf den allgemeinen Charakter dieser TP nicht vorgeschlagen werden. Auf § 79 AVG.1950 darf hingewiesen werden.

-.-.-